

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft

Nr. 2806

vom 2. Dezember 1997

Gemeinde Laufen, Bau- und Strassenlinienplan „Gebiet Baselstrasse/ Lochbruggstrasse/ Lochfeldweg“

A. Die Einwohnergemeindeversammlung Laufen hat am 16. September 1997 den Bau- und Strassenlinienplan „Gebiet Baselstrasse/ Lochbruggstrasse/ Lochfeldweg“ beschlossen. Es handelt sich dabei um die Festlegung der Baulinienabstände gegenüber der Lochbruggstrasse und dem Lochfeldweg.

B. Einsprachen sind keine eingegangen.

C. Das auf Antrag des Gemeinderates (Schreiben vom 14. November 1997) durchgeführte Genehmigungsverfahren hat ergeben, dass sowohl die Rechtmässigkeitskontrolle als auch die Ermessenskontrolle aus Gründen der Regionalplanung zu keinen Beanstandungen Anlass gibt. Für weitere Einzelheiten wird auf die Akten verwiesen.

Aufgrund dieses Prüfungsergebnisses und gestützt auf § 3 Absatz 2 des Baugesetzes vom 15. Juni 1967 beschliesst der Regierungsrat folgendes:

- /// :
1. Der von der Einwohnergemeindeversammlung Laufen am 16. September 1997 beschlossene Bau- und Strassenlinienplan „Gebiet Baselstrasse/ Lochbruggstrasse/ Lochfeldweg“ wird genehmigt und damit allgemeinverbindlich erklärt.
 2. Massgebend sind die mit der Inventarnummer 81/BSP/7/0 (Bau- und Strassenlinienplan „Gebiet Baselstrasse/ Lochbruggstrasse/ Lochfeldweg“) versehenen Exemplare des Planes.
 3. Die Ziffer 1 dieses Beschlusses ist im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Verteiler:

- Gemeinderat Laufen, 4242 Laufen
- Bauverwaltung Laufen, 4242 Laufen
- R. Schmidlin & Partner, Röschenzstrasse 42, 4242 Laufen
- Landeskanzlei (Publikation)
- Amt für Liegenschaftsverkehr
- Bezirksschreiberei
- Bauinspektorat, Bauabteilung Laufen, Amtshaus, Hintere Gasse 52, 4242 Laufen
- Vermessungs- und Meliorationsamt

- Amt für Orts- und Regionalplanung (6)
(2 Archiv, ZD, OP, OK, ES)
- Bau- und Umweltschutzdirektion (2)

Rechtsmittelbelehrungen:

1. Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen, vom Empfang dieses Entscheides an gerechnet, beim Verfassungs- und Verwaltungsgericht, Poststrasse 3, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in vierfacher Ausfertigung einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Personen enthalten. Die angefochtene Verfügung oder der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen. Das Verfahren vor Verfassungs- und Verwaltungsgericht ist kostenpflichtig.
2. Gegen diesen kommunalen Erlass oder Plan kann zur Überprüfung der Verfassungsmässigkeit innert 10 Tagen, vom Empfang dieses Entscheides an gerechnet, beim Verfassungsgericht, Poststrasse 3, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in vier Ausfertigungen einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Personen enthalten. Der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen.
Beschwerdeberechtigt sind nur Personen, die sich bereits am Einsprache- oder Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat beteiligt haben.

Der Landschreiber:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'K. M. M. M.', written in a cursive style.